

# Zeitungsdruck

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einheitl. Wertung nach Bezugspreis: Der Haus monatl. 4250 M., durch die Post 5000 M., ohne Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Zentral-Verlag, d. d. Bezirk Halle-Merseburg, GmbH, Halle, Verdenstraße 14. Fernr. 1045, 1047, 2251. Schriftl. Anfr. : Ehrenstr. 12-14, 4-5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 150 M. für die Millimeter Höhe und Spalte, 900 M. für Viereinhalb, an den Anzeigenstellen. Anzeigen bis zum 27. April 1923. Halle. Verdenstraße 14. Fernr. 1045, 1047, 2251. Schriftl. Anfr. : Ehrenstr. 12-14, 4-5 Uhr

Einzelpreis 180 Mark

Freitag, den 27. April 1923

3. Jahrgang, Nr. 93

## Die Durchbruchschlacht gegen die Mark

### Stinnes ist der Anführer der Devisen-Verchwärter

Der neue Marksturz ist ein offener Sturz. Die Ruhrindustriellen mit Stinnes an der Spitze haben den Marksturz systematisch erzwingen. Cuno und Pappe sind ein, Wöhe, Alt und die „Frankfurter Zeitung“ müssen öffentlich eingestehen, daß die Marksturzfront von denen durchbrochen wurde, die sich selbst als die festesten Stützen der Ruhrfront und des passiven Widerstandes empfahlen, um sich als seine schamlosesten Stützen zu enttarnen: den deutschen Schwerindustriellen.

Die Marksturzfront mußte mitleidlos, weil „in dieser Zeit des höchsten Weltnotstands auch ernste Kreise unserer Wirtschaft das Recht zu haben glauben, sich nicht nur für den zwingenden Bedarf einer neuen Zukunft, sondern auch weiterhin auf Vorrat oder für Devisen, die sie abgeben wollten, mit großen Devisen einzuheben und selbst vor Konsumern (Großausfuhr) nicht zurückzusehen. Das alles geht heute nicht an, das heißt, wenn auch nicht absichtlich, aber doch tatsächlich der großen gemeinsamen Marksturzfront und der Witten, die Reich und Reichsbank im Interesse unserer Politik und Wirtschaft führen, in den Rücken fallen. Dieser Kampf fordert gebieterisch, daß alle Sonderinteressen radikalsten zurückgestellt werden.“

So lagte wörtlich der Reichsbankpräsident Havenstein im Zentralausschuß der Reichsbank, denn er weiß ganz genau, daß die Reichsbank selbst Herrn Stinnes und den übrigen paar Industriemagnaten des Ruhrgebiets die Milliarden gegeben hat, die für den Devisenmarkt nötig waren, um die „Marksturzfront“ zu durchbrechen. Die Milliarden-Gebühren sind geflossen aus der Rückhilfe, die die Witten sollte zur Aufrechterhaltung der Abwehrfront, zur Verbindung von Betriebsleistungen, zur Bezahlung der Lohnempfänger.

Selbst das „Berliner Tageblatt“ mußte zu dem Sturz kommen:

„Nicht umsonst wurden in der kürzlichen Konferenz beim Reichskanzler Stimmen der Empörung hörbar laut, daß manche Ruhrindustrielle die reichen Kredite, die man ihnen zum Zwecke der Fortführung der Lohnzahlungen gewährte, und eben die Entschädigungen für beschlagnahmte Automobile oder sonstige Betriebsgegenstände, dazu benutzten, Devisen anzuschaffen und somit jenen Druck auf den Devisenmarkt auszuüben, der schließlich der Marksturz gefährlich wurde.“

Die Spekulation der Schwerindustriellen ist sehr einfach. Wenn die Mark neuer Entwertung anheimfällt, so verringern sich auch automatisch die Kredite dieser Industrien in ihrem Realwert. Es darf ruhig angenommen werden, daß die Ruhrindustriellen aus solchen Erwägungen heraus durch Übernahme von Devisenkäufen bewußt auf eine Entwertung der Mark hinwirken. Die bisherige Entwertung hat ihnen immer noch recht gegeben. Herr Stinnes hat diese Strategie bereits einmal durchgeführt. Vor einiger Zeit nahm Stinnes die Reichsbank bei einem ziemlich niedrigen Dollarkurs für einen hohen Kredit in Anspruch, er gab das Geld erst zurück, als die Mark um mehr als das Zehnfache entwertet war. Für 1000 kreditierte Mark zahlte Stinnes eine Mark zurück. Das gleiche Geschäft wird jetzt wiederholt. Nun der Dollarkurs steigt, wird Stinnes der Staat wiederum um Billionen preisen. Und mit ihm preisen die anderen Spekulanten und Spekulation im besetzten Gebiet und an den Börsen den Staat.

Der Reichsbankpräsident Havenstein hat den Namen des Generals der neuen Durchbruchschlacht gegen die Mark schamhaft verschwiegen, obwohl er auf aller Lippen ist. In Vörsentexten spricht man offen davon, daß „Herr Stinnes“ den Dollar auf 40 000 treiben will. Er hat, als die Mark zu fallen begann, an einem einzigen Tage

durch die ihm gehörnde „Berliner Handelsgesellschaft“ für mehrere Millionen Goldmark Devisen laufen lassen.

Dieses öffentliche Geständnis vom Landeserrat des Hugo Stinnes hat der Berliner Korrespondent des „Neupost Herald“ noch besonders ausgesprochen. Ihm hat ein hochgeleitetes persönlicher Vertreter des Devisenführers bestätigt, daß eine Gesellschaft des Stinnes-Konzerns die zum Marksturz führenden Devisenankäufe vorgenommen habe.

Die „D.Z.“ des öffentlich angeklagten Hugo Stinnes demantiert. Ihre Demantik ist eine Behauptung der Anklage. Sie behauptet, was nie behauptet wurde: daß Hugo Stinnes oder seine Firma zur Zeit des letzten Marksturzes Devisen kauften. Dazu hat Hugo Stinnes seine Mittelsmänner. Zudem erklärt der „Neupost Herald“, den Namen seines Gewährsmannes der „D.Z.“ vertraulich mitteilen zu wollen. Es steht fest, daß das deutsche Schwerkapital den Marksturz aus Eigenem planmäßig gefördert und neues Geld über die breiten Massen Deutschlands gebracht hat. Es steht fest, daß Hugo Stinnes der Anführer dieser Verchwärterung ist.

Was geschieht mit den Landesverchwärtern, die in der Zeit, da der französische Imperialismus durch ihre Sabotage der Erfüllung im Lande steht, von der Not des Volkes zu milten. Was geschieht mit den Devisenspekulanten, die aus brutalem Eigenem das Interesse der Allgemeinheit mit Füßen treten?

### Es geschieht bis heute nichts

Die Regierung des Bürgerblocks ist ohnmächtig gegen den Landeserrat der Schwerindustrie.

Die Reichsbank erhöht den Diskont auf 18 Prozent. Im Zeichen des Preisabbaus und der Währungsberuhigung konzentriert sie Währungsnoten und Leertung. Ihren Verzweilungskampf um die Mark quittieren Schwerkapital und Börsen mit einem Dollarkurs von 30 000 Mark.

Regierung und Reichstag bewilligen der Kreditkasse an der Ruhr neue 4 1/2 Billionen Papiermark, die die Schwerindustrie schleunigst in Goldwerte, Dollars und Pfunde, umtauscht.

Die Mittel der Cuno-Regierung zur Stärkung der Mark bereiten ihren Fall ins Bodenlos vor. Sie begünstigen die Devisenspekulation, statt sie aufzuheben.

Die Devisenordnung, im Angesicht des ersten Schredens von der Regierung angeündigt, ist, wie der „Völkchen-Courier“ mit höchster Gleichzeitigkeit mitteilt, in dieser Woche nicht mehr zu erwarten. So ist nächste Woche kommt, wohl niemand. Das einzig derstehende Mittel, die Devisenbeschaffung, wird sie nicht enthalten. Befehlsanzeigen und Korridore über den Devisenhandel treffen vielleicht Wintereispektionen; für die Schwerindustriellen und Finanzmagnaten sind sie Zwangsbinden.

Cuno ist Stinnes mächtig. Was aber tun die WSPD-Führer? Sie denunzieren Stinnes und appellieren an Streikern. Im „Kampf“ gegen das Schwerkapital stützen sie in die große Koalition. Ihr Vorgehen gegen Stinnes endigt mit ihrer Kapitulation vor seinen Agenten.

Dem Landeserrat der Schwerindustrie kann allein das deutsche Proletariat ein Ende machen, wie es allein die Nation gegen Völkerei verteidigt. Der Kampf der Arbeiter gegen den Landeserrat Stinnes ist der Kampf um ihre nächste Existenz. Sie müssen ihn und die Regierung der Bürgerlichen niederwerfen, wenn sie leben wollen. Die Frage der Marksturz ist eine Frage der Macht der deutschen Arbeiterklasse. Produktionskontrolle und Devisenbeschaffung haben die wirtschaftlichen Mittel zu diesem Ziel. Die Arbeiter-Regierung ist die politische Voraussetzung.

## Die Deutschvölkischen vor dem Staatsgerichtshof

(Eigener Bericht)

Beipz., 3. 26. April.

Gestern standen die Beschwerden der Deutschvölkischen Freiheitspartei gegen ihr Verbot vor dem Staatsgerichtshof. Wille, Sennig, Graef und Pöckelmann vertreten die Partei. Nach den Darstellungen dieser Leute ist die „Deutschvölkische Freiheitspartei“ ein politischer Kampfbund, der jede Gewalt ablehnt. Die Aufgabe, die die Führer der verbotenen Parteien und Verbände auch zu Führern der Deutschvölkischen gewählt wurden, ist nach Ansicht der Graef keine Fortführung der verbotenen Organisationen. Sie wollen eine politische Partei sein, die gar nicht daran denkt, einen gewalttätigen Umsturz herbeizuführen, sondern die an Stelle des Parlamentarismus von heute einen neuen Parlamentarismus auf der Grundlage einer Reform des Staatsbürgerrechts legen. Sie denken an keine absolute Regierung.

Der bei Wille im Schriftstück gefundene Organisationsplan soll der Gedanke eines jungen Mannes sein, den Wille verworfen hat und von den Graef nichts weiß. Der deutschvölkische Soldatenbund und das völkische Kampfbünd sind keine Teile der Partei und wollen sich nur der Regierung im Falle der Gefahr zur Verfügung stellen. Die gefundene Verträge und Briefe an Eubendörff, Sittler und Kayser sowie ein detaillierter Bericht über die Verhandlungen Graefes mit Sittler zeigen jedoch den wahren Charakter der Partei.

Wie überall, so zeigen sich auch hier die Deutschvölkischen als lebende Feiglinge. Die Haltung vor dem Staatsgerichtshof ist alles andere als deutsch. Oder soll der Staatsgerichtshof an die Konfessionsbetreuungen der deutschvölkischen Bischöfen glauben und das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei aufheben? Nach den bis-

herigen Leistungen dieses von Ebert hergestellten Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ist damit ja zu rechnen.

## Für die Opfer der Orgeschultiz Wjatta - Bayern

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 27. April.

Es kommt uns folgende Mitteilung zu: „Die Abteilung der Roten Hilfe im Government Wjatta (Nordbaltland) hat beschlossen, die Unterstützung der gesamten politischen Gefangenen in Bayern und deren Angehörigen zu übernehmen.“ „Die Internationale rote Hilfe hat bereits der Roten Hilfe Deutschlands 250 Dollar für diesen Zweck zugesandt.“ „Unter den zahllosen Beweisen der herrlichen Solidarität, an die uns unsere russischen Brüder gewöhnt haben, ist das der herrlichste, der rührendste.“

Das Government Wjatta ist fast durchweg von Bayern bewohnt; es ist ein armes, von der Natur kümmerlich behandeltes Gebiet. Was für Schätze von menschlichen Geistes und von revolutionärem Entschlossenheit müssen in den Herzen dieser russischen Bayern geborgen sein, wenn sie das, was sie von ihrer väterlichen Nation haben, der Ernährung des Häftlings in der Zelle eines baltischen Gefängnisses, der Unterstützung seiner Frau und seiner Kinder widmen!

### Dollar heute vormittag 30000 Mark

## Ein Verständigungs-Vorpiel

W. A. Die Arbeiterschaft wird durch die neue Leertungsweise, die dem Dollarkurs auf 30 000 Mark sofort gefolgt ist, grauam darüber belehrt, wie sie nach der Reiertung vom Februar durch die Lohnabsicherungsmaßnahmen des Kapitalistenministers Dr. Becker jetzt doppelt geprellt und doppelt gestraft ist.

Bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit können die Arbeitermassen darüber nachdenken, wie der Wucher der Renten, die nicht nur schamlose Wucherzinsen, sondern auch durch Kreditperre den Mittelstand vollends ruinieren, Betriebsbeschränkungen großer Werte herbeiführt, die Proletariat in verhängnisvolles Elend hinabstößt. Die landesverchwärterischen Devisenräuber der Industrie-fongere steigern erneut Wucherzinsen und Kreditnot, was neues Auswaschen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit neben neuer Steigerung aller Preise, Inflationen der Leertung zur Folge hat. Der wilde Kampf zwischen Kartellisten und Industriemagnaten wird brutal und rücksichtslos auf dem Rücken der zusammenbrechenden Arbeiterschaft, die alles zahlen muß, ausgefochten.

Die Inhaberin schamlose kapitalistische Steuerpolitik hat es so weit gebracht, daß nach den amtlichen Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums im letzten Monat März die Lohnsteuer, die Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Rücksicht auf ihr Elend abgehöpft wird, in diesem Monat die ungeheuerliche Summe von über 170 Milliarden Mark gebracht hat, während die sich selbst einschleichen Besessenen im gleichen Monat nur 9,5 Milliarden Einkommensteuer zahlten. Die Kapitalisten zahlten also nur ein Zwanzigstel der gigantischen Steuersumme, die man aus den Lohn- und Gehaltsempfängern erbarmungslos herausgeschwätzt hat.

Solch schändlichem Treiben gegenüber wirt es nur als lächerliche Farce, wenn die großen Führer der stolzen, millionenteilen Gewerkschaften Woche für Woche bittend und bettelnd zu den Cuno, Becker, Hermes laufen, um von ihnen hunderte Trostworte zu hören, um sich dann wieder zu beruhigen und burgfriedlich arbeitensgemeinschaftlich für die im Hunger verarmenden Arbeiterfamilien nichts zu tun. Ja, schlummer noch. Sie, die herkommenen Führer, gerade der zu Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verdammt Proletariat kein sollten, sie verlangen deren Elend und sie beschimpfen jeden, der es wagt, sich zu aktivem Kampfe aufzurufen, um nicht vollends dem Stumpfsinn zu verfallen, ins Lumpenproletariat zu verfallen oder gar dem Sozialismus in die Arme laufen zu müssen. Gewerkschaftsführer bringen es fertig, kämpfende Arbeitelose zu verleumden und gegenüber ihren elementaren Verzweilungsausdrücken sich einfach für neutral zu erklären.

Selbstruhig trägt für alles das die WSPD-Führerschaft die politische Verantwortung. Sie stützt trotz allem und allem, trotz neuer Leertung, Steueraub und Arbeitslosenelend, tapfer die Regierung des Großkapitals. Die WSPD trägt für alle Handlungen der Regierung Cuno, für die ganze Verleumdung des Proletariats in den letzten Monaten die volle Verantwortung. Morgen schon könnte sie die vor dem Proletariat mit so ungeheurer Schwere Schuld belastete Regierung führen, wenn die große Vereinigte Sozialdemokratische Partei den proletarischen Kampf wolle. Aber die Führer wollen nicht kämpfen. Darum muß das Proletariat nun unter den auf werdende Einheitsfront gegen die Kapital-offensiv schaffen, wenn es nicht untergehen will. In Sachsen ist der erste Schritt mit Hundertschaften, Kontrollauschüssen und politischer Mobilisierung der Betriebe getan. Es gilt, diese Front zu erweitern. Die Beschlüsse der internationalen Frankfurter Konferenz bieten dazu die Grundlage. In den Verarmungen der Großbetriebe muß Druck auf die Betriebsräte, Gewerkschaftsstellten und Parteien ausgeübt werden, damit sie die Frankfurter Beschlüsse verwirklichen.

Widmung von Kontrollauschüssen gegen Wucher, Leertung und konterrevolutionäre Rüstungen.

Bildung von Hundertschaften zur Abwehr der nationalsozialistischen und deutschvölkischen Vorkämpfer.

Verbrüderung zwischen den Arbeitern deutscher und französischer Großbetriebe.

Einheitsliche Kundgebung gegen Ruhrbesetzung, Versailles Vertrag und Kriegsgefahr.

Gemeinsame Kampfkationen der deutschen und französischen Gewerkschaften Arbeit unter den Truppen im ganzen besetzten Gebiet gegen die imperialistischen Räuber!

Das sind die ersten praktischen politischen Schritte, um die deutsche Arbeiterschaft in immer breiterer Front aufzumarschieren zu lassen gegen Cuno und Pöckelner, für die Einheitsfront des Proletariats und für die Arbeiter-Regierung, die sich das deutsche Proletariat als Waffe gegen die deutsche Bourgeoisie und das internationale Kapital erlängen muß.

## Die Verhandlungen über das Verständigungs-Angebot

Berlin, 27. April.

Die Beratungen der Reichsregierung über die Frage eines deutschen Reparationsangebotes wurden den Blättern zufolge getrennlich in Reformberedungen fortgesetzt. Die Note der deutschen Regierung an sämtliche alliierten Mächte dürfte morgen fertiggestellt werden. Es besteht die Absicht, die Führer der Reichsstaatsinstitutionen erst zu unterrichten, wenn alle Vorbereitungen beendet sind. Die „D.Z.“ läßt sich aus Paris berichten, daß jedes deutsche Angebot im voraus verworfen werden soll, da man bei der deutschen Regierung noch kein ausreichendes Entgegenkommen läßt.









